Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

**Entscheidung
in dem Statutenstreitverfahren
4/1974/St
18.04.1974**

SPD-Ortsverein N-G

- Antragsteller -

g e g e n

SPD-Unterbezirk N

- Antragsgegner -

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 18. April 1974 in der Besetzung

Erwin Schoettle (Vorsitz)
Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

entschieden:

"Die Berufung des Unterbezirks N gegen die Entscheidung der
Bezirksschiedskommission F vom 8. Januar 1974 wird als
unbegründet zurückgewiesen."

Gründe

In Übereinstimmung mit der Vorinstanz ist davon auszugehen, daß die angefochtene Bestimmung des § 6 II Satz 2 der Satzung des Unterbezirks N gegen § 5 des Organisationsstatuts verstößt.

§ 5 des Organisationsstatuts enthält, ohne daß es einer besonderen Hervorhebung bedurft hätte, die auch für alle Untergliederungen geltende Verpflichtung, alle Mitglieder gleich zu behandeln. Eine Durchbrechung des Gleichheitsgrundsatzes ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nur dann zulässig, wenn ein sachlicher Grund zur Differenzierung vorhanden ist. Unter diesem Gesichtspunkt hat das Organisationsstatut selbst in den §§ 31

und 34 eine Beschränkung des passiven Wahlrechts angeordnet, indem es Fälle der Inkompatibilität geschaffen hat. Dafür, daß es sich hier nicht um abschließende Fälle und Ausnahmeregelungen zum grundsätzlich unbeschränkten aktiven und passiven Wahlrecht innerhalb der Partei handelt, ist nichts ersichtlich. Das Statut trägt damit § 10 des Parteiengesetzes Rechnung, dessen Festlegung der Stimmrechtsgleichheit über den bloßen Wortlaut der Vorschrift hinaus als Festschreibung des Gleichheitsgrundsatzes zu verstehen ist (vgl. Seifert, Kommentar zum Parteiengesetz, § 10 Anm. 1).

Im übrigen ergibt sich, wie der Antragsteller richtig ausführt, aus dem System des Statuts und der Schiedsordnung, daß eine Minderung der Mitgliedschaftsrechte von den genannten auf freiwilligem Wahlentschluß beruhenden Fällen der §§ 31 und 34 Organisationsstatut abgesehen - nur über ein Schiedsverfahren erfolgen kann.

Die Bundesschiedskommission enthält sich einer Wertung darüber, ob die politischen Intentionen, die den Unterbezirk bei Schaffung der umstrittenen Satzungsbestimmung leitete, politisch wünschenswert sind. Jedenfalls ist festzustellen, daß das angestrebte politische Ziel auch ohne statutenrechtliche Festlegung erreichbar ist. Dies kann nämlich dadurch geschehen, daß sich die Delegierten des Unterbezirksparteitages bei der Wahl des Unterbezirksvorstandes diese politischen Ziele zu eigen machen und nur eine gewisse Anzahl von Mitgliedern der Stadtratsfraktion in den Unterbezirksvorstand wählen. Eine solche Verhaltensweise hat zudem den Vorteil der Flexibilität im Einzelfall für sich. Von einer Verletzung der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie kann dann in keiner Hinsicht die Rede sein.

Nach alledem war die Berufung als unbegründet zurückzuweisen. Die Frage, ob die umstrittene Bestimmung auch gegen § 8 der Wahlordnung verstößt bedurfte nach dem hier Ausgeführten keiner Entscheidung.

Diese Entscheidung erging einstimmig.